

Calmer Calwblatt

Nr. 273.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 60 Hg. Reklamen 2.—Mk. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, den 22. November 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich. Postbezugpreis Mk. 12.00 mit Bestellgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Die Völkerbundsversammlung.

Die Frage der Aufnahme neuer Mitglieder.

Genf, 22. Nov. Die fünfte Kommission, die mit der Prüfung der Frage der Zulassung von neuen Mitgliedern in den Völkerbund beauftragt ist, beschäftigte sich vor allen Dingen mit der Frage der juristischen Tragweite der Zulassung eines neuen Staats in den Völkerbund, d. h. mit der Frage, ob diese Zulassung die Anerkennung „de jure“ dieses Staates durch jedes Mitglied des Völkerbunds zu bedeuten hat. Im Laufe der Diskussion stellte Lord Robert Cecil fest, daß die entscheidende Freiheit eines jeden Landes in dieser Angelegenheit durch die Bestimmungen des Völkerbundsvertrags nicht beeinträchtigt werde. Viviani-Frankreich hob die Bedeutung dieser Frage hervor unter Hinweis auf die besondere Lage der Staaten, die aus dem Zusammenbruch des russischen Reiches entstanden sind. Nach weiterer Debatte, an der sich u. a. Hayashi-Japan, Nansen-Norwegen, Politz-Griechenland und Baglioni-Italien beteiligten, wurde beschlossen, die Angelegenheit einer besonderen juristischen Kommission zur Berichterstattung zu überweisen. Im weiteren Verlauf der Diskussion über die Aufgaben der Kommission verglich Viviani diese mit einem Gerichtshof, der auf Grund des Völkerbundsvertrags über jeden einzelnen Fall ein Urteil zu fällen habe. Wilson-Australien und ein indischer Delegierter setzten auseinander, daß die Kommission sich vor allen Dingen von Erwägungen der Gerechtigkeit und Billigkeit leiten lassen müsse und nicht nur die Interessen des Völkerbunds, sondern auch die Interessen des die Aufnahme verlangenden Staates berücksichtigen müsse. Schließlich wurden drei Unterkommissionen bezeichnet. Die erste, die präsiert ist von Pouillet-Belgien, hat sich mit der Aufnahme von Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Luxemburg, die zweite Kommission, die von Lord Robert Cecil präsiert wird und der u. a. auch angehören Branting-Schweden, Foter-Canada und Viviani-Frankreich, mit der Aufnahme Oesterreichs, Bulgariens, Albanens und Liechtensteins zu befassen. Die dritte Kommission endlich, die von Nansen-Norwegen präsiert wird, hat die Aufnahmegefühle von Georgien, Armenien, Aserbaidschan, der Ukraine, Costarica zu prüfen. Es wurde beschlossen, daß jede Anmeldung auf Grund folgender Gesichtspunkte zu prüfen sei: 1. Wurde das Aufnahmegefühle in regelrechter Form eingereicht? 2. Ist die Regierung, die das Gefühle gestellt hat, „de iure“ oder „de facto“ anerkannt und durch welche Staaten? 3. Stellt der Gefühlesteller eine Nation dar mit einer stabilen Regierung und endgültig festgesetzten Grenzen? Wie groß ist seine Oberfläche und seine Einwohnerzahl? 4. Hat er eine freie Regierungsform? 5. Welches ist seine Haltung gewesen sowohl in seinen Handlungen wie in seinen Erklärungen hinsichtlich der eingegangenen internationalen Verpflichtungen und hinsichtlich der Bestimmungen des Völkerbunds in Bezug auf die Abrüstungsfrage? — Diese letzteren Bestimmungen sind auf Deutschland gemünzt, und sollen dazu dienen, Deutschland bei einer eventuellen Aufnahme Schwierigkeiten zu machen und es schließlich auf eine Menge von Zugeständnissen festzunageln. Wir sehen, der „Völkerbund“ wird ein sehr wirkungsvolles Instrument der Entente.

Deutsche Bestimmungen zur „Regelung“ der Danziger Frage.

* Berlin, 20. Nov. Zu der Mitteilung des Völkerbunds über die Danziger Frage bemerkt der „V. L. M.“: Der Völkerbund ist so freundlich, der deutschen Stadt Danzig zu gestatten, daß sie die deutsche Sprache als Amtssprache beibehält. Im übrigen aber wird sie den Polen ausgeliefert. — Die „Kreuzzeitung“ führt aus: Durch die Bestimmung, daß dem polnisch-sprechenden Teil der Bevölkerung in der Freien Stadt der Gebrauch seiner Muttersprache in den Schulen, in der inneren Verwaltung und vor dem Gericht gestattet werden soll, ist der Keim zu fortwährenden Zwisten zwischen Danzig und Polen gelegt. Der Streit wird vermutlich sofort beginnen, wenn es gilt, dem sehr allgemeinen Grundsatz im einzelnen gesetzlichen Ausdruck zu geben. Daß Polen das Mandat zum Schutze Danzigs für den Fall einer Bedrohung oder für den Fall eines Angriffs in Aussicht gestellt wird, ist vielleicht weniger bedenklich, solange daraus keine Folgerungen in der Richtung gezogen werden, daß Polen berechtigt ist, für diesen Fall, schon ehe er eingetreten ist, Maßnahmen zu treffen, vor allem Truppen zu halten.

Ein französisch-belgisch-englisches Militärbündnis in Aussicht.

(W.B.) Paris, 21. Nov. Der „Eclair“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem früheren belgischen Landesverteidigungsminister vor der Umbildung des Kabinetts Janson. Zum Schluß dieser Unterredung sprach Janson den lebhaften Wunsch aus, daß das französisch-belgische Militärbündnis seine Ergänzung durch ein wirtschaftliches Übereinkommen finden möge. Auf die Frage, ob die Möglichkeit eines französisch-

belgisch-englischen Militärbündnisses demnächst ins Auge gefaßt werden könne, antwortete Janson energisch: Ich hoffe, daß durch die Klugheit der Engländer England sich bald mit uns assoziieren wird, um Interessen zu wahren, die ebenso seine eigenen wie die unsrigen sind. Die Verteidigung von Calais besteht am Rhein.

Wie Frankreich „abrüstet“.

* Berlin, 20. Nov. Aus Basel wird gemeldet: Nach dem französischen Budget ist für das Jahr 1921 eine Heeresstärke von 696 000 Mann mit 30 000 Mann Hilfstruppen vorgesehen. 96 000 Mann werden für Marokko angefordert, General Gouraud verlangt 70 000 Mann für Syrien und 75 000 Mann für Algerien und Tunesien vorgesehen. Für Innerfrankreich ist die Heeresstärke auf 329 000 Mann festgesetzt.

Die Entente und die Ostfragen.

Französisches Mißtrauen gegen die Verhandlungen der Angelfachsen mit Sowjetrußland.

Paris, 21. Nov. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht folgende Notiz: Um sich gegen die Folgen zu schützen, die für die französischen Interessen im allgemeinen und die Zurückzahlung der französischen Forderungen im besonderen bei der Besprechung über die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zwischen der englischen Regierung und Sowjetrußland und aus den Konzessionen, die Rußland Engländern und Amerikanern einräumen will, sich ergeben könnten, hat die französische Regierung dem Ministerium in London mitgeteilt, daß derartige ohne ihre Mitwirkung getroffene Übereinkünfte sie nicht binden und ihren späteren Einspruch nicht einschränken könnten.

Chruschtschew über Rußland.

* London, 20. Nov. „Daily Mail“ meldet aus Oxford, Winston Churchill habe in einer Studentenversammlung erklärt, Rußland und Osteuropa würden sich niemals mehr erheben können, wenn eine Gruppe kosmopolitischer und bolschewistischer Wilsonäre die ganze russische Bevölkerung terrorisiere. Die Politik, die er empfehlen könne, sei Sturz und Vernichtung dieses Regimes.

Amerika anerkennt die Sowjetrepublik nicht.

London, 20. Nov. Nach einer Reutersmeldung aus Washington hat Amerika nicht die Absicht, England und Frankreich in der Frage der Anerkennung der Sowjetrepublik zu folgen. Es werden sogar keine Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland geschlossen. Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß der Bolschewismus eine Drohung für das Gleichgewicht der Völker der Welt bedeute.

(W.B.) Washington, 21. Nov. Dem Staatsdepartement ist eine Abschrift des beabsichtigten Abkommens zwischen der britischen und der Sowjetregierung zugegangen. In ministeriellen Kreisen glaubt man, daß dieses Handelsabkommen einer Anerkennung der Sowjets durch die britische Regierung gleichkommt.

Die türkisch-armenischen Kämpfe.

(W.B.) Izkis, 21. Nov. Die armenischen Streitkräfte haben sich zurückgezogen und Kars aufgegeben. An der Ostfront gehen sie in guter Ordnung zurück, nachdem Türken durch eine Division verstärkt worden.

Zur äußeren Lage.

Neue Aenderungen bezüglich der „Wiedergutmachungs“-Politik der Entente?

* Basel, 20. Nov. Der Berliner Korrespondent der „Basler Nat.-Ztg.“ meldet: Von durchaus zuverlässiger Seite erfahre ich: Es liegen bestimmte Anzeichen vor, daß sich in der Regelung der Entschädigungsfrage in den Kreisen der Entente eine grundsätzliche Aenderung der Politik gegenüber Deutschland bemerkbar macht. Den Anstoß hierzu gab Italien, das anscheinend im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten eine Mäßigung in der Politik gegenüber Deutschland vorbereitet. Italien beabsichtigt, im Verein mit England, das sich dem Vorgehen Italiens angeschlossen hat, der Wiedergutmachungskonferenz in Genf eine Note zu unterbreiten, in der vorgeschlagen werden soll, die gesamte Regelung der Wiedergutmachungen um 3 bis 4 Jahre hinauszuschieben, um Deutschland Gelegenheit zu geben, seine Industrie und seinen Handel wieder aufzurichten. Während dieser Zeit soll Deutschland von Amerika und England mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln versehen werden, um seinen Wiederaufbau zu ermöglichen. Wenn sich Frankreich heute noch diesem Vorschlag im Prinzip widersetzt, so gibt es doch gewisse französische Kreise, die mit diesem Vorgehen sympathisieren, da man einseht, daß die bis-

herige Politik der Gewalt niemals zu einem für Frankreich wünschenswerten Ergebnis führen werde. Frankreich und Belgien dürften ihre Zustimmung an gewisse Bedingungen knüpfen, die mit der Finanzierung des Aufbaus der zerstörten Gebiete in Zusammenhang stehen. Was die Deutschland zu gewährende Hilfe anlangt, so dürfte sich vor allem England bereit erklären, einen erheblichen Teil der beschlagnahmten deutschen Schiffe an Deutschland zurückzugeben, um Deutschland in die Lage zu versetzen, seinen internationalen Handelsverkehr zur See wieder aufzurichten, um die Rohstoffe auf eigenen Schiffen herbeiholen zu können.

Lloyd George über die

„Wiedergutmachungs“-Frage.

(W.B.) Paris, 20. Nov. In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Petit Parisien“ sagte Lloyd George über die Wiedergutmachungsfrage, man dürfe nicht glauben, daß er sich vom französischen Standpunkt entfernt habe. Es gebe für ihn nur zwei Methoden: entweder es werde Deutschland alles genommen oder man einige sich mit ihm darüber, was es sofort und was es später zahlen könne. Die letztere Methode halte er für die richtigere. Man müsse eine letzte Frist festsetzen, nicht etwa um Deutschland ein Vergnügen zu bereiten. Selbstverständlich würde er mit der französischen Regierung gemeinsam vorgehen, falls Deutschland die übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen wolle. Er sei den Franzosen durchaus nicht feindlich gesinnt. Er spreche und denke aber als Geschäftsmann und als Realist. — Wir haben von Lloyd George nie etwas anderes erwartet.)

Die deutsche Note gegen die Willkür der Entente bei Festlegung des deutsch-belgischen Grenzgebietes.

Berlin, 19. Nov. Die deutsche Regierung hat an die Alliierten eine Note gerichtet, betreffend die Mönchauer Bahn, in der die deutsche Regierung ihren Standpunkt aufrecht erhält, wonach die Grenzkommission ihre Befugnisse überschritten, sich mit mehreren Bestimmungen des Versailler Vertrags in Widerspruch gesetzt und weder den wirtschaftlichen Interessen, noch den Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen habe. Die deutsche Regierung habe eine Denkschrift über die Angelegenheit überreichen lassen. Die Note beschäftigt sich sodann mit der Absicht der Alliierten, Enklaven zu schaffen und sagt darüber, daß der Grundsatz zur Errichtung von Enklaven eine Aenderung des Vertrags von Versailles bedeuten würde. Ferner weist sie darauf hin, daß für die Bewohner der Enklaven die wirtschaftliche Existenz in Frage gestellt werde. Deutschland lehnt Enklaven deshalb ab. Schließlich wird der Vorschlag gemacht, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Da Belgien eine direkte Bahnverbindung zwischen Eupen und Malmedy wünscht, ist Deutschland bereit, von dem Gebiet des Kreises Mönchauer Belgien das erforderliche unbewohnte Land abzutreten.

Die neue Lage in Griechenland.

Paris, 22. Nov. Dem „Temps“ wird aus Athen gemeldet, die neue griechische Regierung habe die Gerichte des Königreichs beauftragt, im Namen des Königs Konstantin Recht zu sprechen. Die Menge habe am Hause von Venizelos ein Bild der Königin Sophie angebracht. Mehrere Franzosen, die in den Straßen von Athen sich geweigert hätten, das Bild König Konstantins zu grüßen, seien belästigt worden. Die neue Regierung sei der Ansicht, daß alle Entscheidungen der letzten Kammer ungültig seien. Deshalb solle die neu gewählte Kammer nochmals schleunigst den Friedensvertrag von Sevres ratifizieren, bevor die Alliierten intervenieren könnten.

Paris, 22. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus Rom sind die Prinzen Andreas und Christoph von Griechenland, die Brüder König Konstantins, vorgestern nach Athen abgereist.

Athen, 22. Nov. (Havas.) Mit Venizelos sind auch alle früheren Minister abgereist, ebenso eine Anzahl Notabeln der liberalen Partei, darunter mehrere Zeitungsdirektoren. Als der Erzbischof von Athen, Maletios, der Eidesleistung von Rhallis vor dem Regenten wie üblich bewohnen wollte, weigerte sich Rhallis, ihn anzuerkennen, weil er in unkonstitutioneller Weise ernannt worden sei. Er wurde durch Theoklitos, bisher Pfarrer in einer benachbarten Gemeinde, ersetzt. Die Befugnisse wurden alsbald nach Abreise von Venizelos geöffnet, um die politischen Gefangenen in Freiheit zu setzen.

Der Druck der Entente auf Griechenland.

Paris, 20. Nov. Eine vom französischen Votschaffer in London gestern dem englischen Auswärtigen Amte überreichte Note der französischen Regierung schlägt folgende Haltung der Alliierten gegenüber Griechenland vor: Sollte König Konstantin zurückkehren, so würden die Alliierten gezwungen sein, die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu Griechenland abzubauen. Dagegen würden die Alliierten die Uebertragung der Krone auf den Prinzen Georg begrüßen, wenn allerdings auch in diesem Falle gewisse Garantien zu geben

fe!
Markt
offen
offen
Calw
Geschäft
wagen,
en und
aren
eidung
en,
ster
der-
ster
rbig
weise
ße 365
ngs-
Calw
orationen
ermöbel
bel
ustoffe
yeten
Dmaier
Bahnhofstr.
enke
ne
enzell
n Markt
inen
ber-
dern

wären. Zur Prüfung der Frage des Orients schlägt Frankreich eine Zusammenkunft der beiderseitigen Ministerpräsidenten vor. Diese Fragen ergeben sich größtenteils aus dem Vertrage von Sevres.

Zusammenbruch der polnischen Offensive gegen Litauen.

(W.B.) Kowno, 22. Nov. Bei dem Zusammenbruch der Offensive des Generals Zeligowski entging dieser, laut Meldung der Lit. Tel.-Ag. mit Mühe der Gefangennahme. Der Befehlshaber von Grobno wurde tödlich verwundet. Ein Panzerzug, der in der Gegend von Klepacze zum Gegenangriff ansetzte, entkam mit schweren Beschädigungen.

Ausland.

Die neue österreichische Regierung.

Wien, 21. Nov. Der Nationalrat hat mit 99 Stimmen der Christlichsozialen und Großdeutschen gegen 59 Stimmen der Sozialisten die Bundesregierung gewählt. Das neue Kabinett setzt sich aus 4 christlichsozialen Abgeordneten und 6 Beamten zusammen. — Die Sozialisten, die vordem die Regierung gebildet hatten, sind nun also in der Opposition. Das Zusammengehen der Großdeutschen mit den Christlichsozialen dürfte wohl nur dadurch zustande gekommen sein, daß die Christlich-Sozialen bezüglich der Frage des Anschlusses an Deutschland eine bestimmte Haltung zugefagt haben.

Folgen der Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft in Oesterreich.

Wien, 19. Nov. Nach einem Bericht des „Vorwärts“ aus Wien hat die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide zur völligen Einstellung der Kornablieferung geführt. Alles Mehl gehe in den Schleichhandel. Das Brot des Volkes bestehe jetzt zu mehr als der Hälfte aus verdorbenem Weizenmehl und euse schmerzhaftem Darmentzündungen hervor. Die Eisenbahner Steiermarks befinden sich im Weizenbrot-Streik.

Der Freiheitskampf in Irland.

(W.B.) Paris, 22. Nov. Nach einer Havasmeldung aus London sind vorgestern in Dublin 12 Offiziere, die außerhalb der Kaserne wohnten, getötet worden.

Asquith gegen das englische Werdensystem in Irland.

London, 20. Nov. Einer Neutermeldung zufolge erklärte Asquith in einer Rede in London, die nichtunterrichteten Beamten der Krone seien verantwortlich für den kaltblütigen vorfälligen Mord in Irland, der der schwärzeste Despotismus sei. Er werde nicht eher ruhen, als bis er dem britischen Volke klar gemacht habe, welche Schmach in seinem Namen vollbracht werde.

Wiederausfuhr englischer Kohle.

London, 20. Nov. Die Ausfuhr von Kohle wird vom 1. Dez. ab wieder gestattet mit der Einschränkung, daß eine schriftliche Genehmigung des zuständigen Departements notwendig ist.

Vermischtes.

Eine holländische Stimme zur Frage der Regierungsbildung in Belgien.

(W.B.) Haag, 20. Nov. „Het Volk“ hebt in einer ausführlichen Auseinandersetzung über den belgischen Sozialismus und Militarismus hervor, viele holländische Sozialisten hätten erwartet, daß die Zugehörigkeit von 4 Sozialisten zur belgischen Regierung solche Untaten wie die gefürchtete Abstimmung in Copen und Malmedy unmöglich machen würden. Das Blatt betont, es sei der französisch-belgische Vertrag, der allen Elementen in Belgien, die an einer Koalitionsregierung teilnehmen, die Führung einer konsequenten antimilitaristischen Politik unmöglich mache.

Deutsche Gefallenengedenkstiftung in Paris.

Paris, 21. Nov. Am heutigen Totensonntag legte der deutsche Botschafter Dr. Mayer an dem Denkmal für die auf dem Friedhof Vaugueux in der Vorstadt Montrouge beerdigten deutschen Soldaten einen Kranz nieder. Er hielt dabei an die versammelten Mitglieder der deutschen Botschaft, der deutschen Friedensdelegation und der übrigen deutschen Missionen eine Ansprache, in der er sagte: Zur Ehre des Andenkens an alle die Treuen, die an der Front, in den Hospitälern und in der Gefangenschaft ihr Leben für ihr Vaterland dahingegeben haben und nun in französischer Erde ihr Helbengrab gefunden haben, lege ich namens der Reichsregierung und der deutschen Heimat diesen Kranz nieder. Das deutsche Volk wird auch in Unglück und Not seine Helden und ihre Taten nie vergessen. Es neigt sich in unaußersprechlicher Dankbarkeit und Bewunderung vor ihrem Andenken. — Für die deutschen Mütter und Frauen legte Frau Botschafter Dr. Mayer einen Kranz nieder, für die deutsche Friedensdelegation der Gesandte v. Mutius.

Wieder einmal ein „inter-nationaler Arbeiterkongreß.“

* London, 20. Nov. Den Blättern zufolge wird sich der in der nächsten Woche in London stattfindende internationale Gewerkschaftskongreß, an dem etwa 150 Delegierte teilnehmen werden, auch mit den wichtigen internationalen Fragen befassen, so mit dem Schutz der Gewerkschaftsbewegung in Ländern, in denen sie jetzt noch unterdrückt wird, mit der Beendigung der jetzt noch geführten Kriege und der Verhinderung neuer Kriege, dem Wiederaufbau Europas einschließlich der Währungsprobleme, mit der Verteilung der Rohstoffe und der Sozialisierung der Produktion, sowie den Verteilungsmitteln. (Die „Verhinderung“ neuer Kriege ist natürlich im Ententeinteresse, wenn die Alliierten ihren Raub gesichert haben.)

Reichstag.

Eine Interpellation über die Sozialisierungsfrage.

* Berlin, 20. Nov. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Müller-Franken (Soz.) über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Der Gesetzentwurf soll sich nicht etwa auf einen Gewinn-, Kapital- oder Ertragsanteil der Arbeiter be-

gründen, vielmehr die Sozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchzuführen.

Zur Begründung der Interpellation nimmt das Wort der Abg. Köppler (Soz.): Die Regierung hat eine klare und deutliche Erklärung abgegeben. Die Vorlegung eines Sozialisierungsgesetzes ist bestimmt und unzweifelhaft in Aussicht gestellt worden. Es handelt sich darum, ob mit der Verteilung zur Ausbeutung auch das Eigentumsrecht verliehen worden ist. Dieser Auffassung muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Den Versuch, den der Reichskohlenrat und der Reichswirtschaftsrat gemacht haben, in einer gemeinsamen Kommission dazu einen Vorschlag zu erlangen, auf den sich alle Teile einigen könnten, ist gescheitert. Es wird vorgeschlagen, die Arbeiter und Beamten des Kohlenbergbaues durch die Ausgabe von Aktien an der Kapitalaufbringung und dem Gewinn zu beteiligen und die Beteiligung der Allgemeinheit auf dem Wege der Besteuerung zu realisieren. Das ist bloß eine Scheinsozialisierung. Es ist nicht der Zweck der Sozialisierung, einen Teil des Volkes mit privatkapitalistischen Ideen zu impfen. Vielmehr mögen s. v. H. der rheinisch-westfälischen Bergleute, früher gelbe, jetzt Kommunisten, dafür zu haben sein. 95 v. H. der Bergleute verlangen die Ueberführung der Schätze der Erde in den Besitz der Volksgemeinschaft. Das ist es, was wir unter Sozialisierung verstehen. Würden die Bergarbeiter in ihren Erwartungen getäuscht, so wären die Folgen gar nicht abzusehen. Die Sozialisierung kann nur in organischem Aufbau erfolgen. Sie darf nicht einhergehen mit einer Einschränkung der Produktivität. Die Regierung muß nunmehr handeln. Ein erneutes Zögern wäre unerträglich.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Zu der außerordentlich maßvoll und sachlich begründeten Interpellation habe ich namens der Regierung folgendes zu erklären: Die Reichsregierung wird gemäß den Ausführungen des Reichstanzlers vom 27. Oktober d. J. einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaues mit größtmöglicher Beschleunigung den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen. Im gegenwärtigen Augenblick sind die Beratungen der Berufssachverständigen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und des Reichskohlenrates über die Grundformen dieses Entwurfes noch nicht abgeschlossen. Vielmehr ist, wie bekannt, in den letzten Tagen die ursprünglich nur aus Vertretern des Kohlenbergbaues bestehende Kommission durch weitere Sachverständige ergänzt worden, um endgültig eine gemeinsame Grundlage für diese entscheidenden Fragen der Neuordnung unseres Wirtschaftslebens zu finden. Die Kommission beabsichtigt, ihre Verhandlungen am 1. Dezember d. J. aufzunehmen. Solange die berufenen Sachverständigenvereinigungen noch in ausichtsreichen Verhandlungen über einheitliche und gemeinsame Richtlinien beraten, denen angeichts der Bedeutung der zu lösenden Aufgabe die größte Wichtigkeit beigemessen werden muß, wäre es eine nicht genügende Beachtung des Gedankens sachmännischer Mitarbeit der produktiven Kräfte, wenn die Reichsregierung schon jetzt einen endgültigen Beschluß über den Inhalt des Gesetzes geben oder eine Mitteilung über dessen Richtlinien machen wollte. Der Redner schließt mit einem Appell an das Haus, unter Zurückstellung aller politischen Momente an den Wirtschaftstandpunkt zu denken und die Zusammenarbeit aller produktiven Kräfte unseres Volkes zu fördern. (Beifall rechts, Widerspruch links. Zurufe: Die Bergarbeiter werden euch die Antwort geben.)

Abg. Holz (Z) spricht der Regierung das Vertrauen aus und bittet, das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen abzuwarten, ehe Beschlüsse gefaßt werden.

Abg. Leopold (D. N.) polemisiert gegen die Sozialisierungs-Kommission, die nicht sachmännisch genug besetzt gewesen sei. Wir sehen ein, daß die Arbeiterschaft in Zukunft eine andere Stellung einnehmen muß und sich bereit, entgegenzukommen. Hierzu soll die kleine Aktie mithelfen. Die christlichen Bergarbeiter haben sich dieser Erkenntnis angeschlossen und sind bereit, auf diesem Wege mitzugehen.

Abg. Curtius (D. Wp.): Von einer Verschleppung kann keine Rede sein. Der Reichswirtschaftsrat wird einen Gesetzentwurf ausarbeiten, wobei wir ihm freie Hand lassen müssen. Man muß zur Sozialisierungsfrage in wirtschaftlichem und politischem Sinne Stellung nehmen. Die Arbeiter tun es leider nur im politischen Sinn. Eine Sozialisierung im Sinne der äußersten Linken würde unser Wirtschaftsleben zum Stillstand bringen.

Abg. Hende (U. S. P.): Die Deutschnationalen erstreben kapitalistischen Profit durch politische Mittel. Arbeitsgemeinschaft und Parität sind Schlagworte, mit denen der Arbeiter gelockt werden soll. Der Arbeiter ist aber genügend politisch geschult, um sich nicht durch die kleine Aktie einfangen zu lassen. Nur die Volksozialisierung kann die wirtschaftliche Gesundung unseres Volkes bringen. Die Arbeiterschaft wird nicht ruhen, bis die soziale Revolution durchgeführt ist.

Abg. Schiffer (Dem.) gibt im Namen seiner Partei die Erklärung ab, daß sie es für notwendig hält, der Arbeiterschaft einen größeren Anteil an den Erträgen zu sichern, ohne auf die kraftvolle Mitarbeit der Unternehmer zu verzichten. Sie erwartet schnelle Vorlage eines entsprechenden Entwurfes.

Abg. Dr. Könen (U. S. P. links): Die Mehrheitssozialisten verlangen jetzt von der bürgerlichen Regierung die Durchführung der Sozialisierung, ohne selbst an diese Sozialisierung zu glauben. Nur die Mittelklasse kann die vollständige Sozialisierung bringen. Die Mehrheitssozialisten wollen Fiskalismus, nicht aber Sozialismus. Sonst würden sie auch die Mittelsozialisierung der mit dem Bergbau zusammenhängenden Betriebe verlangen. Für die Sozialisierung brauchen wir den proletarischen Staat.

Abg. Fanchel (Soz.): Die Arbeiterschaft wartet auf das Gesetz. Auch die christlichen Arbeiter betonen, daß den Bergarbeitern nicht fortgesetzt Opfer zu Gunsten eines kleinen Kapitalistenkreises zugemutet werden können. Die Hirsch-Dunkerler fordern sogar Entlohnung ohne Entschädigung. Bleiben die Erwartungen der Arbeiter unerfüllt, dann gibt es einen unheilvollen Rückgang der Produktion.

Deutschland.

Vom Reichswirtschaftsrat.

(W.B.) Berlin, 20. Nov. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich gestern mit der Bewirtschaftung des Zigarettenabzugs. Vom Reichswirtschaftsministerium lag im Einverständnis mit dem Finanzministerium ein Antrag vor, die Bekanntmachung, die der Zigarettenabzugs-einkaufsgenossenschaft als alleiniger Käuferin des Tabaks im Ausland und als Tabakverteilungsstelle das Beschlagnahmerecht gab, und eine zweite, die das Gewicht der Zigaretten festsetzt, aufzuheben, sobald das Einverständnis des Reichswirtschaftsrats vorliegt. In der Beratung erklärte der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, daß auch die parallel laufende Bewirtschaftung in- und ausländischer Zigaretten und Rauchtabaks in absehbarer Zeit aufgehoben werden solle. Es wurde die Befürchtung geäußert, daß die Preise stark anziehen würden, jedoch wurde angenommen, daß sie sich an den Weltmarktpreisen regulieren werden. Alsdann gab der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats seine Zustimmung zu der Aufhebung der Bekanntmachung, die demnach in nächster Zeit erfolgen wird. — Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hat ferner beschlossen, das Plenum zu ersuchen, einen Ausschuß einzusetzen, der eine nach großen Gesichtspunkten geordnete Wasserwirtschaft des Rheins und ein einheitliches Wasserecht vorbereiten soll, außerdem dem Reichspostministerium vorzuschlagen, Anfahrtskarten gleich den Gütemarktskarten zu feiertagen als Drucksachen zu befördern, weiter, das Reichswirtschaftsministerium zu ersuchen, schon im Ergänzungsset für 1920 für die Mustermesse in Leipzig den Gesamtzuschuß von 20 Millionen einzusetzen, endlich, die Beibehaltung eines Ausfuhrkontingents von 1½ Millionen Kg. Baumwollwaren für ein Vierteljahr zu empfehlen.

Zulassung der Eltern zum Unterricht.

Berlin, 20. Nov. Der preußische Kultusminister Hähnisch hat in einem Erlaß die Zulassung der Eltern zum Unterricht gestattet, falls der betreffende Lehrer gegen das Zuhören der Eltern in den Unterrichtsstunden nichts einzuwenden hat. — Uns erscheint dieses Ansinnen der Eltern grundsätzlich als eine starke Behinderung der Lehrtätigkeit.

Die deutsche Studentenschaft gegen die tschechischen Gewalttaten.

(W.B.) Berlin, 20. Nov. Einer Blättermeldung aus Halle zufolge richtete angeichts der Ausschreitungen gegen die deutschen Studenten in Prag der Hochschuling deutscher Universitäten ein Telegramm an die Reichsregierung, in dem die sofortige Ausschließung aller tschechischen Studenten von den deutschen Hochschulen gefordert wird. An die deutsche Studentenschaft in Prag wurde ein Sympathietelegramm gefandt.

Schwere Strafe für Schleichhandel.

(W.B.) Berlin, 20. Nov. In dem Prozeß gegen den Direktor des Edenhotels, Birndorfer, hat das Wuchergericht gestern das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Wochen Untersuchungshaft und 200 000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Gerichtshof erachtete den Angeklagten nicht bloß des formellen Verstoßes, sondern des einfachen Schleichhandels für schuldig. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Zuchthaus, 150 000 M. Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust beantragt.

Zur Spaltung der U. S. P.

Berlin, 19. Nov. Die Spaltung der Landtagsfraktion der Unabhängigen hat dazu geführt, daß für die Richtung Crispian-Bechbour 14 und für die Richtung Dümig-Hoffmann 10 Abgeordnete eintreten. Nach der Geschäftsordnung der preussischen Landesversammlung muß eine Fraktion 15 Mitglieder haben, um als solche anerkannt zu werden. Das Ergebnis dürfte sein, daß die bisher 24 Mitglieder starke Fraktion der Unabhängigen aus allen Ausschüssen auszuschließen hat.

Ein Gewerkschaftsbund der Angestellten.

(W.B.) Magdeburg, 21. Nov. Heute ist von tausend Vertretern der deutschen Angestelltenverbände der Gewerkschaftsbund der Angestellten, parteipolitisch und religiös neutraler Einheitsverband der männlichen und weiblichen Angestellten des Handels, der Technik, des Bergbaus und der Bürobetriebe, mit 350 000 Mitgliedern gegründet worden.

Der sächsische Schinderhannes

wieder auf dem Plan.

Berlin, 18. Nov. Die sächsische Regierung hat laut „Berliner Lokalanzeiger“ etwa 200 Sicherheitskämpfer mit Automobilen in die Gegend von Plauen gesandt, um sie vor weiteren Taten des Banditen Hötz zu bewahren. Bei dem gemeldeten neuen Expressionsversuch an dem Fabrikanten Knoll handelt es sich um eine halbe Million. Hötz erhielt jedoch nur 7000 Mark.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. November 1920.

Die Weihe des Ehrenmals für die Gefallenen.

* Ein kalter wolkenloser Himmel, an dessen Horizont die späte Winterjonne erst mit ihren mild wärmenden Strahlen aufzusteigen begann, überblickte die überaus große Trauergemeinde, die sich gestern früh zur ersten Feier der Weihe des Ehrenmals für die Gefallenen vor der evangelischen Stadtkirche eingefunden hatte. Die Feier trug den Charakter eines Feldgottesdienstes. Im Bereich des zu Ehren und zum Gedächtnis unserer gefallenen Helden durch den Opfergeist der Bürgergesellschaft errichteten Denkmals hatten die männlichen Angehörigen der Gefallenen, die Offiziere des Landwehrbezirks Calw, die Beamten der staatlichen und städtischen Behörden, das Gemeinderatskollegium der Stadt Calw, der Veteranen-, Militär- und Turnverein mit Fahnen, die hiesigen Gesang-

Politische Ausschuss
ern mit der Be-
Reichswirtschafts-
finanzministerium
Zigarettenfabrik
des Tabaks im
Beschlagnahme-
Zigaretten fest-
des Reichswirt-
te der Vertreter
die parallel lau-
Zigaretten und
werden solle. Es
se stark anziehen
an den Welt-
der wirtschafts-
eine Zustimmung
nach in nächster
Ausschuss des
Plenum zu er-
großen Geschäfts-
und ein einheit-
dem Reichspost-
reich den Gläu-
zu befördern,
suchen, schon im
in Leipzig den
endlich, die Wei-
Millionen Kg.
len.

vereine und die Schulen Stellung genommen. Der von der hiesigen Stadtkapelle vortragene Beethoven'sche Trauermarsch leitete die Feier stimmungsvoll ein. Es folgte als Gemeindegesang das gewaltig wirkende Niederländische Dankgebet, worauf Dekan Zeller ein zu Herzen gehendes Gebet sprach mit nachfolgender Schriftverlesung. Die vereinigten Gesangsvereine sangen sodann unter der Leitung von Rektor Beutel den in seiner ersten getragenen Stimmung herzbewegenden Männerchor: „Ehrenvoll ist er gefallen“ und das wehmütige Soldatenlied: „Wir liebten uns wie Brüder“. Zwischen die beiden Chöre war die Gedächtnisrede von Dekan Zeller gestellt, in welcher er nach Worten stiller Trauer und dankbaren Gedenkens die ernste Mahnung aussprach, der Taten der gefallenen Helden nicht zu vergessen, und sich an ihrem Beispiel wieder aufzurichten. Das Schlussgebet, das eine innige Fürbitte für die Gefallenen darstellte, sprach Stadtpfarrer Petykus, der in seiner Feinuniform als Divisionspfarrer erschienen war. Nachdem der letztgenannte Geistliche der Gemeinde noch den Segen erteilt hatte, wurde der feierliche und erhebende Gottesdienst mit dem geistlichen Lied „Jesus, meine Zuversicht“ geschlossen.

Den Abschluss der Feier bildete die Niederlegung von Kränzen am Ehrenmal durch Stadtschultheiß Gähner im Namen der Stadt, Oberfeldwebel v. Bauer für die Offiziere und Beamten des alten Heeres, durch Vertreter des Militär- und Veteranenvereins, der freien Sanitätskolonne, des Reichsbundes der Kriegsbekämpften und der Schulkameraden. Die Gedächtnisrede sowie die Ansprachen haben sicherlich in allen Herzen neben dem Schmerz und der Trauer um die gefallenen Helden tiefe warme und anhaltende vaterländische Empfindungen ausgelöst. — Die Wiedergabe der größeren Ansprachen müssen wir aus technischen Gründen auf morgen verschieben, ebenso wie die Besprechung des Konzerts, das nachmittags in der evangel. Stadtkirche zur Feier der Einweihung des Kriegerdenkmals von einem großen Kreis hiesiger Gesangs- und Musikfreunde veranstaltet wurde. Der gewaltige Andrang zu dieser Veranstaltung — die Kirche vermochte die Teilnehmer kaum zu fassen — darf wohl als ein Zeichen dafür gedeutet werden, das in allen Kreisen der Bevölkerung der Wunsch zum Ausdruck kam, des höchsten Opfers ehrend und dankend zu gedenken, das unsere Helden durch die Hingabe ihres Lebens auf dem Altar des Vaterlandes gebracht haben. Wenn aus diesem Empfinden heraus zugleich auch der Wille Gestalt gewinnt, sich dieses größten Opfermuts würdig zu erweisen, dann können wir wieder die Hoffnung hegen, daß die Jugend unseres Volkes trotz allem nicht ihr Blut umsonst dahin gegeben hat.

Das Gedicht „Am Helde n m a l“ in der letzten Nummer unseres Blattes, von Paul Mahdorf (Röthen i. d. Mark), ist mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers aus der „Deutschen Warte“ entnommen.

Ambau der Spar- und Vorschußbank.
Der Ambau der Spar- und Vorschußbank in den früheren Geschäftsräumen der Buchhandlung Georgii ist nun im großen ganzen vollzogen. Schon von außen macht die Neugestaltung einen begiebigen Eindruck. Als praktischer Ersatz für den Staffelaufgang wurde ein ebener Eingang von der Straße aus geschaffen, von dem man in einen geräumigen Warteraum gelangt, in welchem die Mitglieder und Kunden der Bank Sitz- und Schreibgelegenheit für die Abwicklung ihrer Bankgeschäfte finden. Anschließend an letztere Räume und mit denselben in direkter Verbindung steht der Bankhalter mit zwei besonderen Schalterzellen und einer besonders abgetrennten Zelle für den Effektenverkehr. In diesem Schalterabluß wird sich das Kassengeschäft praktisch gestalten und es wird die Kundschaft angenehm empfinden, wenn dadurch der Verkehr mit der Kasse in jeder Hinsicht ungehindert möglich ist und sich

zweckmäßig vollziehen kann. Im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Warteraum steht der Kassenraum mit der Buchhaltung, auch ist, vom Warteraum aus erreichbar, ein Sprech- und Sitzungszimmer vorhanden. Die Lokale sind sämtlich geräumig und bauhäßig gehalten, und mit gebiegender Einrichtung nach neuzeitlichen Gesichtspunkten versehen. Die Annehmlichkeiten der neuen Einrichtungen werden sicher von allen Mitgliedern und Kunden der Bank gerne empfunden werden, insbesondere auch, weil durch die Einteilung der neuen Geschäftsräume ein diskreter Verkehr mit den Vorstandsbeamten der Bank möglich ist, da das Personal vom Kassenraum abgefordert und in dem für die Buchhaltung bestimmten Raum auf der andern Seite des Lokals tätig ist. Auch der Eingang durch die Haustür ist beibehalten worden. Die neuen Räume sind jetzt ihrer Bestimmung übergeben worden, so daß der Bankbetrieb in denselben in jeder Hinsicht flott abgewickelt werden kann. Der zweite Teil des Umbaus — die Einrichtung einer Stahlkammer — wird später ausgeführt.

Arbeitsgemeinschaft zwischen württ. Landwirtschaftskammer u. württ. Obstbauverein.
Zwischen der württ. Landwirtschaftskammer und dem württ. Obstbauverein haben zum Zwecke der Erreichung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden Korporationen in letzter Zeit Verhandlungen stattgefunden, die die Richtlinien des gegenseitigen Verhältnisses festlegen sollten. Das Ergebnis der Verhandlungen, nicht nebeneinander, sondern miteinander auf dem Gebiete der Obstbauförderung Erprobliches zu leisten, ist für beide Teile befriedigend ausgefallen. Die württ. Landwirtschaftskammer übernimmt einen Teil der dem württ. Obstbauverein erwachsenden Kosten. Das Organ des württ. Obstbauvereins „Der Obstbau“ wird künftig gemeinsam herausgegeben und redigiert. Im Vollausschuß des württ. Obstbauvereins werden in Zukunft vier Vertreter der württ. Landwirtschaftskammer Sitz und Stimme haben, andererseits werden an den Sitzungen der Abteilung für Obst-, Gemüse- und Gartenbau der württ. Landwirtschaftskammer Sachverständige des württ. Obstbauvereins teilnehmen.

Tierseuchenstand.
In der ersten Hälfte des Monats November hat sich die Maul- und Klauenseuche über 152 Gemeinden mit 3883 Geflüstern neu ausgebreitet. Insgesamt sind 1037 Gemeinden mit 20059 Geflüstern von der Seuche betroffen. Im Donaukreis sind es 392 Gemeinden, im Schwarzwaldkreis 255, im Neckarkreis 205 und im Jagstkreis 185. Die Pferdekrähe herrscht in 28 Gemeinden, davon neu in 2 Gemeinden, die Schafräude in 17 Gemeinden, davon neu in 3.

Steueraussschuß.
(S. B.) Stuttgart, 20. Nov. Der Steueraussschuß behandelte heute in 2. Sitzung die Art. 1-8 des Entwurfs eines Ausführgesetzes zum Landessteuergesetz. Bei Art. 1 wurden die von dem Abg. Hiller unterändert wieder eingebrachten Anträge, die die Steigerung des Staatsanteils von 25 Prozent streichen bzw. auf 10 Prozent herabsetzen wollten, mit 12 gegen 5 bzw. 10 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde in Art. 2 eine Bestimmung eingefügt, die zur Erhöhung des Gemeindeanteils einen durch den Staatshaushaltplan bestimmten Betrag, und zwar für das Rechnungsjahr 1920 einen solchen von 36 Millionen vorsieht. Bezüglich der Besteuerung des Mindesteinkommens schlug ein Antrag Hiller Wiederherstellung des Regierungsentwurfs vor, der die Besteuerung allgemein schon bei 10000 M. Einkommen zuläßt. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit 11 gegen 5 Stimmen. Ebenso ein Antrag A. S. P., der die Besteuerung des Mindesteinkommens erst bei einem Einkommen von 25000 M. beginnen lassen will. Ein Antrag Hiller, in Abs. 2 des jetzigen Art. 4 (Wahrung des Kinderprivilegs bis zu einem Einkommen von 30000 M.) zu streichen, wurde mit 10 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Ebenso ein Antrag Hiller, in Abs. 2 des Art. 7 zu streichen, wonach

die Gemeinden verpflichtet sind, die im Gesetz vorgesehenen Grenzen bei der Besteuerung des Mindesteinkommens einzuhalten, zu streichen, mit 9 gegen 7 Stimmen und 1 Enthaltung. Die Abstimmung über die Erhöhung des Katasters hatte folgendes Ergebnis: Der Antrag Winter u. Gen., der eine Erhöhung von 400 Proz. an Grundkataster und von 600 Proz. bei Waldkataster vorsieht, wurde mit 12 gegen 5 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag Schief, der eine Erhöhung von 300 Prozent bei Grund- und Waldkataster vorsieht. Der Antrag des Zentrums auf Erhöhung des Grundkatasters um 200 Proz. und des Waldkatasters um 300 Prozent wurde mit 11 gegen 6 Stimmen angenommen. Ein Antrag Ströbel auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage war dadurch erledigt. Der Vertreter der Sozialdemokratie und der Demokratie erklärte vor der Abstimmung, daß sie bei der Zustimmung zum Zentrumsantrag sich das Weitere für das Plenum vorbehalten. Bezüglich des Gebäudetafsters wurde der Antrag Hiller auf Erhöhung um nur 10 Prozent mit 10 gegen 7 Stimmen abgelehnt und die Regierungsvorlage mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen. Ein Antrag Keil, der die Gesellschaften m. b. H. und die Verbands- und Wirtschaftsgenossenschaften, soweit sie ihre Geschäftsbetriebe auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken, von der Aufhebung des Abzugs der Gemeindefakster befreien wollte, wurde mit 11 gegen 6 Stimmen abgelehnt. — Heute Samstag, vorm. 9 Uhr, Fortsetzung.

(S. B.) Nagold, 20. Nov. Von Mitgliedern des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins wurden insgesamt 1170 Ztr. Kartoffeln zum Preis von 20 M. für den Ztr. abgeliefert. Diese werden an wirtschaftlich Schwache des Oberamtsbezirks abgegeben.

o. Schietingen, 20. Nov. Ein hiesiger Bauersohn hat dieser Tage auf der Kommunalverbandsstelle in Nagold Frucht abgeliefert und selbst auf den Speicher getragen. Damit er nun die Säcke nicht gar so leer wieder heimbringe, hat er jeweils den eben geleerten Sack an einem andern Hausen mit Frucht wieder gefüllt. Als der Kriminalbeamte den Diebstahl bemerkte, verlangte der Freveldachs auch noch, daß er, wenn er die Frucht wieder hinaustrage, dafür bezahlt werde. Der Beamte schickte ihn darauf auf das Oberamt, wo ihn der Landjäger in Empfang nahm. Als Trägerlohn erhielt der Dieb 9 Tage Gefängnis.

(S. B.) Tübingen, 20. Nov. Auf der Amtsversammlung wurde Schultheiß Köppler in Dufflingen zum 2. Kassier der Oberamtsparlkasse gewählt. Der Vorschlag für 1920 zeigt einen Fehlbetrag von 702 000 M. Die Schulden für die reichsgehehlige Familienunterstützung u. Kriegswohlfahrtspflege betragen 2,6 Mill. M. Für Familienunterstützungen wurden seit August 1914 5,8 Mill. M. aufgewendet. Die Erwerbslosenfürsorge beanspruchte 1919 rund 100 000 M. Die Amtskörperschaft trat dem Verband württ. Amtskörperschaften bei.

Druck und Verlag der A. B. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw.

Reklameteil.



Die Ärzte empfehlen als Hausmittel gegen rote Hände, spröde, rissige Haut, bei kleinen Verletzungen, Brandwunden, leichten Ausschlägen und Entzündungen wegen ihrer kühlenden und heilenden Wirkung Nivea-Creme. In Blechdosen und Tuben zu haben in den Apotheken und Drogeriehandlungen.

Mit geh'n tan tat's.
Humoreske von L. Anzengruber.
Erstes Kapitel.
Der Krautschneiderjock und die Simmerlsephtin.
Mitten in einem sogenannten Steinfelde, das von der fruchtbaren Ebene sacht hinaufstieg, bis es den Kamm einer niederen, mit Föhren bestandenen Hügelkette erreichte, lagen zwei einsame Hütten, zwischen beiden floß im steinigem Bette ein schmaler Bach; der Boden bildete dort eine kleine Mulde, und da mochten durch lange Zeit Stürme den Humus dahingetragen oder das austretende Wasser ihn abgelagert haben, so daß um die dürftigen Behausungen etliche Obstbäume zu tragen, ein paar Ackerstreifen zu gedeihen und eine magere Wiese zu grünen vermochten.
Die eine Hütte trug Landestracht, eine Lobenjoppe und einen grünen Hut, sie hatte nämlich graue Mauern und auf den vermoirten Schindeln wuchs Moos; die andere zeigte sich, mit allzeit nachgebessertem Dache und frisch getünchten Wänden, in grauer Haube und weißem Gewande, und das grüne, mit Blumen bestellte Vorgärtel sah wie ihr buntes Fürtuch aus.
Die graue Hütte gehörte dem Krautschneiderjock, es war das ein etwa vierzigjähriger, lediger Mensch, er hieß seinem Geschlechtsnamen nach so, denn er hatte weder eigenes Kraut zu schneiden, noch schnitt er fremdes; er war ein kleines, breitschulteriges, derbnochiges Männchen, hatte einen spitzen Kopf, ein paar dunkle Neuglein blühten zu beiden Seiten der knolligen Nase, der breite Mund war etwas eingeknickt und die Wangen faltig und hohl. Von seinen Haaren war nichts zu sehen, diese und die obere Halsbehaarung der Ohren bedeckte eine schwarze Zippelmütze, man

wußte nur, daß er sich selbst über den Kamm schor, und daß er sich allsonntäglich die Stoppeln des Schnurr- und Kinnbartes säuberlich wegrasierte, den braunen Backenbart ließ er dagegen wachsen, wie es dem gefiel, und der stand ihm denn buschig von den Backen hinweg und krauste sich auch bis unter die Augen.
In der weißen Hütte hauste die Simmerlsephtin, ein rüchriges, stinkes Weib, das darauf hielt, daß seine Arbeit wie keine Person sich immer sehen lassen könne, das heißt, reinlich und nett sei. Die Simmerlsephtin war groß gewachsen und just nicht mager geraten, sie hatte reiches, schwarzes Haar, dunkle, feurige Augen und schöne weiße Zähne, dagegen einen sehr großen Mund und trotz der stark hervortretenden Backenknochen runde, wie aufgeblasen aussehende Wangen, zwischen denen eine kleine Nase mit einem geraden, glänzenden Rücken fast verschwand.
Seit älterer hatte zwischen den Inwohnern der beiden Hütten gute Nachbarschaft bestanden, auf die mußten sie auch bei der Weltabgeschiedenheit ihrer Anwesen allen Wert legen, denn nur um das im Umkreise zunächstliegende Dorf zu erreichen, brauchte es einen zweistündigen Marsch, und nur an Sonn- und Feiertagen, beim Kirchenbesuch, bekamen die mitten im Steinfelde Hausenden andere Menschen zu Gesicht, im Winter aber, wenn die Wege verschneit lagen, waren sie oft wochenlang, ja monatelang auf den Fleck gebannt, aufeinander angewiesen und konnten sich mutterseelenallein auf der Welt glauben.
Die beiden Wirtschaften hatten gewissermaßen einander immer ergänzt; in dem Stalle bei dem weißen Häuschen hatte stets eine Kuh gestanden und der Hof von Geflügel gewimmelt, und im Stalle des grauen Häuschens sich allzeit neben der Ziege ein Gaul befunden, der ging vor dem Pfluge her über den eigenen und den fremden Acker und besorgte, vor ein Wägelchen gespannt, den Verkehr mit der

Welt, insbesondere wenn der Nachbar Butter, Eier, Hühner oder anderes Federvieh auf den Markt zu bringen hatte; dafür bekam selbstverständlich der jeweilige Krautschneider nebst den guten Worten zwar selten Bargeld, doch oftmals Ware, manchen Strig Butter, manch Ei in die Pfanne, manch Huhn in den Topf.
Der Krautschneiderjock und die Simmerlsephtin waren die Letzten ihres Stammes. Der Jakob war Zeit seines Lebens auf dem Elterngut geblieben, die Zolepha hatte gar früh weggeheiratet. Als halbwüchsiges Dirnchen trieb sie sich oft tagelang, die schmale Zehrung in der Tasche, im fernen Walde, Erdbeeren klaubend und Schwämme suchend, mit anderen Mädchen und Buben herum und vergaßte sich mit eins in einen riesigen Holzknecht, dem sie mit Ausdauer, die ja bekanntlich stets zum Ziele führt, nachließ; schließlich war der Waldbär gutmütig genug, daß er sich bereit fand, an dem „pachstierlichen Ding“ allen Schaden wieder gut zu machen und sie zu heiraten. Nahezu fünf- undzwanzig Jahre war die Simmerlsephtin, wie sie ihrem Manne nach hieß, in der Fremde daheim und daheim fremd, als kurz nacheinander sie und ihre Mutter verwitweten, und da fanden sich die beiden vereinsamten Frauen zusammen, um gemeinsam zu haufen.
Herr, du mein Jesus! Wie schlug die Alte die Hände verwundert zusammen, als sie ihres Kindes wieder ansichtig wurde, und sie vermochte es kaum zu glauben, daß das staatlische Weib im vierzigsten, das vor ihr stand, dasselbe sei. Auch der Krautschneiderjock wurde herbeigerufen, verwundern helfen, und er kam über den Steg hergelaufen. Ei, je, ja, ei, du mein, er hätt' nie die Simmerlsephtin erkannt, wenn sie nicht selber sagte, sie wär's! Wie ein klein, fleber und zernicht's Ding die gewesen, als sie fortgegangen, und nun käm' sie so heim, nein, aber so! Gott, meiner Treu! Wöllig nit zu denken! (Fortsetzung folgt.)

Bezirksarbeitsamt Calw
für die Oberamtsbezirke Calw und Nagold)
Eberstraße 161. Fernsprecher 109.

Offene Stellen
für männliche Personen:
2 Brochürenverleiher
1 Schneider (f. Lederwaren)
für weibliche Personen:
5 Dienstmädchen

Offene Lehrstellen
1 in einem Herren- u. Damen-
seifergeschäft i. Pforzheim

Stellensuchende
männliche Personen:
2 landw. Dienstknechte
1 Färber und Wäscher
mehrere Hilfsarbeiter
2 Kaufleute
1 Kellner
2 Mechaniker
2 Sattler und Tapeziere
3 Schlosser
1 Schneider
2 Schreiner
1 Schuhmacher
1 Zimmermann

weibliche Personen:
1 Frau als Aushilfe in
Küche und Zimmer
1 Hilfsarbeiterin

Lehrstellen werden gesucht
1 bei einem Schuhmachernst.

Calw, den 18. November 1920.
Verwalter: Prof.

Unterreichenbach.
Am Mittwoch, den 24. ds. Mts., nachmittags 1 Uhr,
kommt beim Gasthaus zum „Deutschen Kaiser“
1 Pferd, 6jähriger Suchswallach,
gegen bare Bezahlung zur Versteigerung.
Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw: Ohngemach.

Postkarten vom Kriegerdenkmal
zu haben in den
Buchhandlungen und bei **C. Fuchs, Photograph.**

Bad Teinach, den 20. November 1920.
Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme beim Hinscheiden meines unvergesslichen
Mannes, unseres treubeforgten Vaters

Georg Schneider,
Schultheiß,

besonders für die überaus zahlreiche Begleitung
zu seiner letzten Ruhestätte, die vielen Kranz-
spenden, die tröstenden Worte des Herrn
Pfarrers und den erhebenden Gesang des
Gesangsvereins, sowie auch für die Begleitung
der Kriegervereine, die schönen Widmungen
und Kranzniederlegungen der verehrl. Vereine
und Amtskorporationen und den Ehrenträgern,
sprechen wir hiemit unsern innigsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Aderverkalkung Herzbeschwerden
Schwindelanfälle
Verl. Sie Gratisbrosch. über San. Rat Dr. Weise's giftfr. Haus-
kuren Dr. Gebhard & Cie., Berlin W. 85, Potsdamerstr. 104 a.

Friedr. Daur, vorm. T. Schüler, Calw
Schweizer Stickerien
neue Auswahl, billige Preise.

Neue Fahrpläne
für den Oberamtsbezirk
sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes
das Stück zu 50 Pfg. zu haben.

Nicht nur Fett-
gehalt, sondern gerade der
Salmiak- und Terpentinsäure-
zusatz macht
**Dr. Gentner's Salmiak-
Terpentin-Seifenpulver**
Goldperle
waschkraftig und wirkt doch
milde.
Zum Einweichen:
Rotstern-Bleichsoda.
Hersteller:
Carl Gentner Göppingen (Württ.)

Schutzmarke



KRAFT & WÖHR
PFORZHEIM
Westliche 46

**Anfertigung eleganter Herren-
und Damen-Garderoben**

**Reichhaltiges Lager
in in- und ausländischen Stoffen**

Ausführung nach den neuesten Modellen unter Garantie
für tadellosen Sitz bei mässigen Preisen

Friedr. Daur, vorm. T. Schüler, Calw
Gestrickte Untertailen u.
gestrickte Damenwesten.

Wandkalender
mit Verzeichnis der Märkte des
Bezirks und der Nachbarbezirke
sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück
zu 60 Pfg. erhältlich.

**Stenographen-
Berein
Stolze-Schrey.**

Damen, Herren, Lehrlinge,
Schüler und Schülerinnen,
welche die Kurzschrift Stolze-
Schrey kennen oder
lernen wollen,
bitten wir, sich am
Donnerstag, den 25. Nov.
abends 7/8 Uhr im Neben-
zimmer des „Bürgerstübli“
einzufinden zu wollen.
Der Ausschuss.

Zimmer
möbliert und heizbar sofort
gesucht. Angebote an
stellv. Amtsgerichtsekretär
Rausch.

Landwirte!
Zur Bekämpfung von
Krankheiten d. Schweine
spec. Krampf u. Rotlauf,
z. Aufzucht u. Erhaltung
eines gesunden Tier-
bestandes gebraucht
einzig und allein die ächte
**Hirsch-Universal-
Komposition.**
Niederlage in der
**Neuen Apotheke
Calw.**

Schönes
Roggenstroh
(Flegeldeutsch), sucht einige
Sackner zu kaufen
Georg Mayer, Gärtnerei,
Stuttgarterstr. 420.

Verloren
ging am Samstag in
Simmozheim, oder auf dem
Weg v. Simmozheim nach
Neuhengstett eine
Briefmappe
mit groß. Gelddbetrag.
Der redliche Finder wird
arbeiten, dieselbe gegen gute
Belohnung abzugeben beim
Schultheißenamt
Simmozheim.

Ziehung garant. 1. Dez.
Geld-Lotterie
zugunsten der
Stadtkirche
in Neulien.
37000
Hauptgewinne evtl. Mark
15000
10000
Original-Geld-Lose
à Mark 1.20. Porto und
Liste 90 Pfg. extra versend.
Eberhard Feizer
Stuttgart.
Bestell. durch Zahikarte
auf Postcheckkonto Nr. 8418
erbet. (bis M. 35.- nur 5 Pfg.)
Lose auch bei
allen Verkaufsstellen.

Für sofort wird ein fleißiges
jüngeres
Mädchen
wegen Erkrankung meines
seitherigen für Küche und
Haushalt gesucht.
Angebote sind zu richten an
Frau Johanna Siefert,
Ludwigsburg,
Eberhardstraße 14.

**A. OELSCHLÄGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI, CALW**

Die
wirkungsvolle Ausstattung
von Reklamedrucksachen
bedingt stets deren
Erfolg!

Wenn Prospekte, Kataloge, Rundschreiben usw.
einen noch so geschickt abgefassten Text aufweisen,
so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst
voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil
zur wirkungsvollen Herstellung mit dazu beiträgt

**Wirklich zweckentsprechende Drucksachen
bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausfüh-
rung liefern wir in denkbar kürzester Frist**

Georgendamm Calw.
Freitag, den 26. Nov. und Freitag, den 3. Dezemb.
je abends 8 Uhr findet im Georgendammssaal
Vortrag
statt von Rektor Dr. Knobel
über: Ursachen und Verlauf
der franz. Revolution von 1789—1800.
Hiezu wird jedermann freundlichst eingeladen.
Calw, den 20. November 1920.
Der Georgendammrat.

Baumwollflanelle
für Hemden, Unterröcke u. Kleider
**Kleider-
u. Schürzenzeugle**
empfiehlt
**Franz Schoenlen, Obere
Marktstr.**

Winterschuwaren
für Erwachsene und Kinder
empfiehlt
**W. Schäberle, Hutgeschäft, Markt-
plaz.**

Alteisen!
Kaufe jeden Alttauf, Alteisen, Kupfer
Bleis, Messing, Blei und Zink.
Andreata, Hirsau.

Lüchtige Mechaniker
zu sofortigem Eintritt gesucht.
Spezial-Werkzeugfabrik Calw
G. m. b. H.

Friedr. Daur, vorm. T. Schüler, Calw
Herrenhosen und
Unterhosen.

Empfehle sehr schöne,
dauerhafte
Einsackhemden
Unterhosen
Unterleibchen
und **Leibhosen**
für Kinder,
in Trikot (Macco), sowie
Hemden- u. Blusen-
Flanelle, Rock- u.
Blusen-Stoffe
in bester, preisw. Qualität.
G. Wohlgemuth,
Liebenzell.

Rheuma, Gicht,
Schias, Gliederreizen, Neu-
ralgie (Nervenschmerzen).
Kostlos teile ich gerne mit,
wie tausende Patienten durch
ein einfaches Mittel in kurzer
Zeit Heilung fanden. Kran-
kenschwester **Caroline,**
Wiesbaden A. 183.

Sonnenhardt.
Ein starkes
**Läufer-
Schwein**
steht dem Verkauf aus
H. Harsh.

Unterzeichneter steht eine
mit dem 6. Kalb 36 Wochen
trüchtige
**Schaff-
Ruh**
dem Verkauf aus.
E. Stichel, Oberkollbach.

**Maschinen-,
Motoren-,
Nähmaschinen- und
Boden-Del
Schuh-, Huf- u.
Wagen-Fett.**
**Schuhcreme,
Bodenwische,
Treibriemenwachs**
empfiehlt billigst
N. Hauber.

Der Vertrieb eines neu-
heitlichen
Konsumartikels
für jede Hausfrau unent-
behrlich, da praktisch und
sparsam im Gebrauch, für
den Platz Sindelfingen
sofort zu vergeben.
Bewerber, die an ein inten-
sives Arbeiten gewöhnt, wollen
ihre Adresse einreichen unter
S. N. 38 an Rudolf Mosse,
Stuttgart.

Handarbeiten
werden billig angefertigt.
Eberstraße 176 2. Stk.

**Einige Wagen
Stangen**
geschält und gesund 8 Mr.
lang, 9—10 cm Abläß
sucht zu kaufen.
Angebote franko Bahn-
station erbeten
Ernst Kirsherr, Calw.